

ANDRÉ JANSSEN

Präventive
Gewinnabschöpfung

Jus Privatum

211

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM
Beiträge zum Privatrecht

Band 211



André Janssen

Präventive Gewinnabschöpfung

Mohr Siebeck

André Janssen, geboren 1972; Studium der Rechtswissenschaften in Münster und Nimwegen; 2001 Promotion; 2014 Habilitation; seit 2015 Professor an der City University Hong Kong.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

e-ISBN PDF 978-3-16-153233-7

ISBN 978-3-16-153142-2

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

„*Pain and suffering in various tempos.*“¹

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2013/14 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Habilitationsschrift angenommen. Gesetzestexte, Literatur und Rechtsprechung wurden für die Drucklegung bis März 2016 berücksichtigt.

Mein erster Dank gilt meinem Lehrer, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. *Reiner Schulze*. Er hat durch seine fortwährende Unterstützung und sein Vertrauen maßgeblich zum Gelingen der Arbeit beigetragen und meinen akademischen Weg bedeutend geprägt. Für die sorgfältige und zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die zusätzlichen Hinweise danke ich Herrn Prof. Dr. *Ingo Saenger*. Zu Dank verpflichtet bin ich auch den Professoren *Gianmaria Ajani*, *Edoardo Ferrante*, *Michele Graziadei* und *Barbara Pasa*. Sie waren es vor allen Dingen, die meinen mehrjährigen Forschungsaufenthalt im Rahmen der „*People Marie Curie Actions: Intra European Fellowship (IEF)*“ der Europäischen Kommission in Turin sowohl wissenschaftlich als auch persönlich unvergessen haben werden lassen. *Grazie a voi, amici!*

Es fällt schwer aus der Schar der Freunde und Unterstützer nunmehr einige Personen hervorzuheben. Dennoch gilt mein ganz besonderer Dank Herrn Privatdozenten Dr. *Olaf Meyer*, der immer ein offenes Ohr für mich hatte und die mühsame Arbeit des Korrekturlesens ohne Zögern übernommen hat. Für die langjährige Freundschaft und für seinen von mir des Öfteren strapazierten ökonomischen Sachverstand danke ich Herrn *Ulrich Intveen*. Für die unzähligen kleinen Kaffeepausen und Hilfe in allen Lebenslagen danke ich zudem auch der „guten Seele“ des Centrums für Europäisches Privatrecht in Münster, der Sekretärin Frau *Petra Fentner*.

Meinem Arbeitgeber, der City University Hong Kong, möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, dass man mir die Zeit gegeben hat, das vorliegende Werk druckfertig zu machen. Zu danken habe ich auch der VG Wort für die großzügige Unterstützung der Veröffentlichung und dem Verlag Mohr Siebeck für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Jus Privatum“.

¹ Untertitel des Albums „*Playing the Angel*“ der englischen Musikgruppe *Depeche Mode*.

Last but not least danke ich von ganzem Herzen meiner Familie und Frau *Alexandra Seifert*. Gerade Letztere musste die Höhen und noch viel mehr die Tiefen eines Habilitandenlebens aus nächster Nähe leidvoll ertragen. Dafür möchte ich ihr nicht nur meinen ganz besonderen Dank, sondern auch meine aufrichtige Entschuldigung aussprechen. Es soll nicht wieder vorkommen.

Hong Kong im April 2016

André Janssen

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
<i>1. Teil: Einleitung</i>	1
A. Der Anlass der Untersuchung	1
B. Das Ziel der Untersuchung	12
C. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	16
D. Der angemessene Methodenpluralismus als Untersuchungsmethode	21
E. Der Gang der Untersuchung	24
<i>2. Teil: Die Prävention als rechtspolitisches Programm des Zivilrechts</i>	25
Kapitel 1: Die Prävention und die Rolle des Zivilrechts	27
A. Die grundsätzliche Anerkennung der Prävention als Aufgabe des Rechts	27
B. Die Prävention als das „ungeliebte Stiefkind“ des Rechts	29
C. Die Teilrechtsordnungen als wechselseitige Auffangordnungen	35
D. Die Steuerungsleistungen der Teilrechtsordnungen und ihre Grenzen	43
E. Die Steuerungsleistungen des Private Enforcement	44
F. Die Steuerungsleistungen des Public Enforcement	51
G. Ergebnis	58
Kapitel 2: Die Grundlagen zivilrechtlicher Prävention	67
A. Der Begriff und die Theorie der zivilrechtlichen Prävention	67
B. Die Grundannahmen zur Prävention durch das Haftungsrecht	103
C. Die Typisierung der zu vermeidenden Schadenskosten, Zielkonflikte und die optimale Prävention	140
D. Die Bestimmung der qualitativen Bedeutung der Prävention im Rahmen des Haftungsrechts	153
E. Die rechtlichen Grenzen der haftungsrechtlichen Prävention	166

Kapitel 3: Der europarechtliche Einfluss auf das deutsche Präventionsverständnis	209
A. Die Internationalisierung und Europäisierung des Zivilrechts	209
B. Der Stellenwert der Prävention im <i>Acquis Communautaire</i>	214
C. Der europarechtliche Präventionsbegriff	223
D. Das Haftungsrecht als zentrales zivilrechtliches Präventionsinstrument der Europäischen Union	228
E. Der Einfluss der Prävention auf die Schadenshöhe	231
F. Die Frage des europarechtlichen Strafschadens	235
G. Die Geltung eines europarechtlichen Bereicherungsverbotens	240
H. Ein rechtsvergleichender Überblick	243
I. Einige Beispiele des europarechtlichen Einflusses auf das Präventionsverständnis im deutschen Zivilrecht	249
J. Ergebnis	267
3. Teil: <i>Die Gewinnabschöpfung als Instrument zivilrechtlicher Prävention</i>	273
Kapitel 1: Die Gewinnherausgabe im Rahmen der immaterialgüterrechtlichen dreifachen Schadensberechnung	275
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB	277
B. Die ersten Verbote der dreifachen Schadensberechnung in der Legislative und der Rechtsprechung bis zur <i>Ariston</i> -Entscheidung	282
C. <i>Kohler</i> als geistiger Vater der dreifachen Schadensberechnung	283
D. Die <i>Ariston</i> -Entscheidung als Beginn der dreifachen Schadensberechnung	286
E. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung bis zur Umsetzung der Enforcementrichtlinie	295
F. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung nach der Umsetzung der Enforcementrichtlinie	350
G. Die Bewertung der derzeitigen immaterialgüterrechtlichen Gewinnherausgabe unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts	381
H. Ein rechtsvergleichender Überblick	406
I. Ergebnis	411
Kapitel 2: Die Gewinnherausgabe bei Persönlichkeitsverletzungen durch die Presse	421
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB	423
B. Der Persönlichkeitsschutz am Beginn des 20. Jahrhunderts:	

Präventive Fehlstellung aufgrund Schutzlosigkeit und wachsender Bedrohung	431
C. Der lange Weg zur Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als unabdingbare Präventionsvoraussetzung	438
D. Die Heranziehung der Prävention zur Bestimmung der Schadenshöhe	457
E. Die Bewertung des derzeitigen Persönlichkeitsschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts	481
F. Ein rechtsvergleichender Überblick	513
G. Ergebnis	521
Kapitel 3: Die Gewinnherausgabe im Kartelldeliktsrecht	531
A. Das Kartell(delikts)recht aus historischer Perspektive	535
B. Die Bedeutung der privaten Rechtsdurchsetzung des Kartellrechts bis zur 7. GWB-Novelle	542
C. Die Gründe für den geringen Zuspruch des damaligen Kartelldeliktsrechts	544
D. Die Änderungen des Kartelldeliktsrechts durch die 7. GWB-Novelle im Überblick	546
E. Der neue vorteilsorientierte § 33 Abs. 3 S. 3 GWB	552
F. Die Bewertung des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts	557
G. Ein rechtsvergleichender Überblick	569
H. Ergebnis	572
4. Teil: Die Konturen einer präventiven Gewinnabschöpfung – <i>Conclusio</i>	577
A. Die Ausrichtung der Gewinnabschöpfung auf die Verhinderung effizienter Rechtsbrüche	577
B. Der optimale Anwendungsbereich der präventiven Gewinnabschöpfung	579
C. Die dogmatische Verortung der präventiven Gewinnabschöpfung	588
D. Die optimale Ausgestaltung der präventiven Gewinnabschöpfung	591
E. Das Stufenmodell als Folge der Etablierung der präventiven Gewinnabschöpfung	602
F. Die Umsetzung einer präventiv optimal austarierten Gewinnabschöpfung	603
Literaturverzeichnis	613
Entscheidungsverzeichnis	667
Stichwortverzeichnis	677

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1. Teil: Einleitung	1
A. Der Anlass der Untersuchung	1
I. Die unzureichende Vermeidung von Unrechtsgewinnen durch das Recht	1
II. Die Möglichkeit effizienter Rechtsbrüche als Folge eines rein nachteilsorientierten Haftungsrechts	3
III. Die präventive Gewinnabschöpfung als mögliches Instrument zur Bekämpfung effizienter Rechtsbrüche	6
IV. Die vorteilsorientierten Inseln außerhalb des klassischen Haftungsrechts: Zwischen präventiver Gewinnabschöpfung und kompensatorischer Gewinnberücksichtigung	8
V. Der fehlende Blick von der Mitte auf die Randfelder des Rechts	11
B. Das Ziel der Untersuchung	12
C. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	16
I. Die Beschränkung auf die Vorteilsorientierung im Haftungs- recht	16
II. Die Bedeutung des Bereicherungsrechts und der angemäßen Eigengeschäftsführung für die Untersuchung: Die Gewinnab- schöpfung zwischen Haftungs-, Bereicherungs- und Geschäfts- führungsrecht	19
D. Der angemessene Methodenpluralismus als Untersuchungsmethode .	21
E. Der Gang der Untersuchung	24

2. Teil: Die Prävention als rechtspolitisches Programm des Zivilrechts	25
<i>Kapitel 1: Die Prävention und die Rolle des Zivilrechts</i>	<i>27</i>
A. Die grundsätzliche Anerkennung der Prävention als Aufgabe des Rechts	27
B. Die Prävention als das „ungeliebte Stiefkind“ des Rechts	29
I. Der Purismus des Zivilrechts	29
II. Der Purismus des Strafrechts	31
III. Der Purismus des öffentlichen Rechts	33
C. Die Teilrechtsordnungen als wechselseitige Auffangordnungen . . .	35
D. Die Steuerungsleistungen der Teilrechtsordnungen und ihre Grenzen	43
E. Die Steuerungsleistungen des Private Enforcement	44
I. Die Nutzbarmachung privater Informationen	44
II. Der Wille zur Rechtsdurchsetzung	46
III. Die begrenzten Kapazitäten des Staates	47
IV. Das Kostenargument	48
V. Weitere Aspekte des Private Enforcement	49
F. Die Steuerungsleistungen des Public Enforcement	51
I. Die besseren Aufklärungs- und Sanktionsmöglichkeiten . . .	51
II. Die geringere Missbrauchsgefahr des Public Enforcement . . .	52
III. Die Notwendigkeit des Private Enforcement bei fehlendem privaten Rechtsdurchsetzungsinteresse	54
IV. Die Möglichkeit einer „ex ante“-Steuerung durch das Public Enforcement	55
V. Weitere Aspekte des Public Enforcement	58
G. Ergebnis	58
<i>Kapitel 2: Die Grundlagen zivilrechtlicher Prävention</i>	<i>67</i>
A. Der Begriff und die Theorie der zivilrechtlichen Prävention	67
I. Die strafrechtlichen Grundlagen der Prävention	75
1. Die Entwicklung und Bedeutung der strafrechtlichen Vereinigungstheorie	75
2. Die relative Strafrechtstheorie und ihre Entwicklung	77
3. Die strafrechtliche Generalprävention	78
a. Die negative Generalprävention	78
b. Die positive Generalprävention	79
4. Die strafrechtliche Spezialprävention	82
II. Die zivilrechtliche Prävention	84
1. Die zivilrechtliche Generalprävention	86

a.	Die negative Generalprävention	86
b.	Die positive Generalprävention	88
aa.	Der Lerneffekt	88
bb.	Der Vertrauenseffekt	91
cc.	Der Befriedigungseffekt	94
2.	Die zivilrechtliche Spezialprävention	96
a.	Der Erziehungseffekt	96
b.	Der Abschreckungseffekt	98
III.	Ergebnis	100
B.	Die Grundannahmen zur Prävention durch das Haftungsrecht . . .	103
I.	Das Verhaltensmodell des homo oeconomicus	105
II.	Die Kritik am homo oeconomicus	109
1.	Die Unvereinbarkeit mit dem grundgesetzlichen Menschenbild	109
2.	Der Modellcharakter des homo oeconomicus	112
3.	Maximaler Eigennutz gegen Altruismus und Fairness . . .	112
4.	Die beschränkte Rationalität des Menschen	114
a.	Die Wahrscheinlichkeitsanomalie	116
b.	Die Verfügbarkeitsheuristik und der Besitz- und Präsentationseffekt	117
c.	Der Ankereffekt	118
d.	Die Selbstüberschätzungsanomalie	119
e.	Die ergebnisorientierte Beurteilung von Handlungen und die Anomalie der versunkenen Kosten	119
f.	Die generelle Bedeutung der beschränkten Rationalität . . .	121
g.	Die Bedeutung der beschränkten Rationalität für die vorliegende Arbeit	122
5.	Das Nachweisproblem	124
III.	Die weiteren die haftungsrechtliche Verhaltenssteuerung beeinflussenden Faktoren	130
1.	Die Existenz, Höhe und Durchsetzung von Sanktionen . . .	131
2.	Das „moralische Risiko“ durch Versicherungsschutz	132
3.	Das „judgment proof-Problem“	137
IV.	Ergebnis	139
C.	Die Typisierung der zu vermeidenden Schadenskosten, Zielkonflikte und die optimale Prävention	140
I.	Die Typisierung der zu vermeidenden Schadenskosten	140
1.	Die primären Kosten	141
2.	Die sekundären Kosten	142
3.	Die tertiären Kosten	144
II.	Die Zielkonflikte bei der Schadenskostenvermeidung	146
III.	Das Präventionsmaß der optimalen Prävention	149

IV.	Ergebnis	152
D.	Die Bestimmung der qualitativen Bedeutung der Prävention im Rahmen des Haftungsrechts	153
I.	Die qualitative Bedeutung der Prävention bei der Haftungs- anordnung	154
II.	Die qualitative Bedeutung der Prävention bei der Haftungs- ausfüllung	155
	1. Der volle Schadensausgleich als Idealbild der optimalen Prävention	157
	2. Der volle Schadensausgleich in der Rechtswirklichkeit: Das durchlöchernte Prinzip	157
	a. Die rechtlichen Grenzen des Ausgleichsprinzips	158
	b. Die tatsächlichen Grenzen des Ausgleichsprinzips	159
	3. Die Bedeutung der Prävention bei Versagen des Ausgleichs- prinzips	160
	a. Die Heranziehung des Präventionsgedankens zur Erreichung des Schadensausgleichs	161
	b. Die Heranziehung des Präventionsgedankens zur Erreichung über den Schadensausgleich hinausgehender Ziele	162
III.	Ergebnis	163
E.	Die rechtlichen Grenzen der haftungsrechtlichen Prävention	166
I.	Die unbefriedigende Diskussion oder das Manko einer ausreichenden Ausdifferenzierung	166
II.	Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Prävention	172
	1. Nulla poena sine lege gem. Art. 103 Abs. 2 GG	173
	2. Ne bis in idem gem. Art. 103 Abs. 3 GG	175
	3. Die weiteren strafprozessualen Verfahrensgarantien und das Bestrafungsmonopol des Staates	176
	4. Das präventiv-überkompensatorische Haftungsrecht als Strafe im Sinne des Grundgesetzes	177
	5. Das präventiv-überkompensatorische Haftungsrecht als Strafe im Sinne der EMRK	183
	6. Der Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG in den Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit	184
	7. Der Verstoß gegen die Pressefreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG in den Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit	186
	8. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit	188
III.	Die zivilrechtlichen Grenzen der Prävention	190

1. Das Bereicherungsverbot oder die Verhinderung von Windfall Profits	191
2. Das Strukturprinzip der beidseitigen Rechtfertigung von Rechtsfolgen	195
3. Die Gefahr eines Dammbrochs hinsichtlich der Vollstreck- barkeit US-amerikanischer Punitive Damages-Urteile	200
IV. Ergebnis	206
 <i>Kapitel 3: Der europarechtliche Einfluss auf das deutsche Präventions- verständnis</i>	
A. Die Internationalisierung und Europäisierung des Zivilrechts	209
B. Der Stellenwert der Prävention im Acquis Communautaire	214
C. Der europarechtliche Präventionsbegriff	223
D. Das Haftungsrecht als zentrales zivilrechtliches Präventions- instrument der Europäischen Union	228
E. Der Einfluss der Prävention auf die Schadenshöhe	231
F. Die Frage des europarechtlichen Strafschadens	235
G. Die Geltung eines europarechtlichen Bereicherungsverbotes	240
H. Ein rechtsvergleichender Überblick	243
I. Einige Beispiele des europarechtlichen Einflusses auf das Präventionsverständnis im deutschen Zivilrecht	249
I. Die Haftung des Arbeitgebers für geschlechtsbezogene Benachteiligungen gem. § 611a BGB a.F.	249
II. Die Verzugszinsen gem. § 288 BGB	257
III. Die unbestellten Leistungen gem. § 241a BGB	264
J. Ergebnis	267
 3. Teil: Die Gewinnabschöpfung als Instrument zivilrechtlicher Prävention	
 <i>Kapitel 1: Die Gewinnherausgabe im Rahmen der immaterial- güterrechtlichen dreifachen Schadensberechnung</i>	
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB	277
I. Die Rechtslage bis zur Einführung der allgemeinen Gewerbefreiheit im Jahre 1869	277
II. Die zunehmende Ausdifferenzierung des Immaterialgüter- rechts seit der Reichsgründung	278
III. Die Einführung der freien Beweiswürdigung im Zivilrecht . .	280
IV. Der Kampf um die freie Beweiswürdigung im Schadensprozess	281

B. Die ersten Vorboten der dreifachen Schadensberechnung in der Legislative und der Rechtsprechung bis zur <i>Ariston</i> -Entscheidung	282
C. <i>Kohler</i> als geistiger Vater der dreifachen Schadensberechnung	283
D. Die <i>Ariston</i> -Entscheidung als Beginn der dreifachen Schadensberechnung	286
I. Die Ausgangssituation in der <i>Ariston</i> -Entscheidung	286
II. Die Entwicklung der dreifachen Schadensberechnung	287
1. Die konkrete Schadensberechnung	287
2. Die Lizenzanalogie	288
3. Die Gewinnherausgabe	289
4. Das Vermengungsverbot und das Wahlrecht des Geschädigten	290
III. Die Bewertung der <i>Ariston</i> -Entscheidung	291
E. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung bis zur Umsetzung der Enforcementrichtlinie	295
I. Die horizontale Ausweitung der dreifachen Schadensberechnung	295
1. Die Ausweitung der dreifachen Schadensberechnung auf das gesamte Immaterialgüterrecht	296
a. Die Ausweitung durch die Rechtsprechung	296
aa. Die Übertragung auf das Patent- und Gebrauchsmusterrecht	296
bb. Das lange Ringen um die Übertragbarkeit auf das Warenzeichenrecht	297
b. Die zaghafte Anerkennung durch den Gesetzgeber	301
2. Die Ausweitung auf den ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz	303
a. Der Inhalt des ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutzes	304
b. Die ursprüngliche Versagung der dreifachen Schadensberechnung bei Vorlagenfreibeuterei: Die <i>Handstrickverfahren</i> -Entscheidung	305
c. Die Übertragung der dreifachen Schadensberechnung bei sklavischer Nachahmung	306
aa. Die <i>Wandsteckdosen</i> II-Entscheidung	306
bb. Die <i>Modeneuheit</i> -Entscheidung	309
d. Die Übertragung der dreifachen Schadensberechnung bei Ausbeutung fremder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse: Die <i>Prozessrechner</i> -Entscheidung	310
e. Die Übertragung der dreifachen Schadensberechnung auf den gesamten ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz: Die <i>Kollektion Holiday</i> -Entscheidung	312

	f. Der ergänzende wettbewerbsrechtliche Leistungsschutz als „Quasi-Immaterialgüterrecht“	313
II.	Die Neubestimmung der Gewinnherausgabe durch die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung	315
	1. Die Anwendungsfrequenz und präventive Wirkung der Gewinnherausgabe bis zur <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung	316
	a. Die Anwendungsdiskrepanz zwischen Lizenzanalogie und Gewinnherausgabe	316
	b. Die wichtigsten Gründe für die präventive Fehlstellung der Gewinnherausgabe	319
	aa. Das Erfordernis des nicht ausschließbaren konkreten Schadens	319
	bb. Die Gewinnberechnung	320
	cc. Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils	322
	dd. Die fehlende Überprüfungsmöglichkeit der Verletzterangaben	323
	c. Die Folgen der unterpräventiven Gewinnherausgabe	324
	aa. Die Flucht in die Lizenzanalogie und ihre Defizite	324
	bb. Die Förderung einer Selbstbedienungsmentalität	325
	cc. Die Besserstellung von Verletzern gegenüber Lizenznehmern	326
	dd. Das makroökonomische Problem der sinkenden Lizenzgebühren	328
	2. Die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung als präventiver Neuanfang der Gewinnherausgabe	329
	a. Die Anwendung der Teilkostenrechnung zur Gewinnberechnung	330
	b. Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils	333
	c. Die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung als beginnender Übergang von der kompensatorischen Gewinnberücksichtigung zur präventiven Gewinnabschöpfung	336
III.	Die Entwicklung der Gewinnherausgabe im Anschluss an die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung	338
	1. Die Übertragung der <i>Gemeinkostenanteil</i> -Kriterien	338
	2. Das neue Verlangen nach dem Verletzergewinn	340
	3. Die weitere Entwicklung der Höhe des herauszugebenden Verletzergewinns in der Rechtsprechung	342
IV.	Die zusätzliche präventive Stärkung der Gewinnherausgabe bei Verletzerketten durch die <i>Tripp-Trapp-Stuhl</i> -Entscheidung	346

F. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung nach der Umsetzung der Enforcementrichtlinie	350
I. Das Grundproblem des defizitären Immaterialgüterschutzes	350
II. Die Enforcementrichtlinie	351
1. Die Diskussion um die Enforcementrichtlinie	351
2. Der horizontale Ansatz der Enforcementrichtlinie	352
3. Die Schadensersatzregelungen in der Enforcementrichtlinie	354
a. Die Festschreibung des angemessenen Schadensersatzes gem. Art. 13 Abs. 1 S. 1 der Enforcementrichtlinie	354
aa. Die Methoden der Schadensfestsetzung der Enforcementrichtlinie	355
(1) Die Vorgaben des Art. 13 Abs. 1 S. 2 lit. a der Enforcementrichtlinie	356
(a) Das Verhältnis der konkreten Schadensfestsetzung zur Herausgabe des Verletzergewinns	356
(b) Der immaterielle Schadensersatz	358
(2) Die Schadensfestsetzung anhand der hypothetischen Lizenzgebühr gem. Art. 13 Abs. 1 S. 2 lit. b der Enforcementrichtlinie	358
bb. Die Frage nach der zulässigen Vermengung	360
b. Die Herausgabe des Verletzergewinns und pre-established damages ohne Verschulden gem. Art. 13 Abs. 2 der Enforcementrichtlinie	361
c. Der Zielkonflikt zwischen Schadensausgleich und Prävention	362
III. Die Umsetzung der Enforcementrichtlinie und die dreifache Schadensberechnung	366
1. Allgemeines zur deutschen Umsetzung	366
2. Die Änderung im immaterialgüterrechtlichen Schadensrecht	368
3. Die fehlende Umsetzung für das kommerzielle Persönlichkeitsrecht und den ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz	371
4. Die Diskussion um die Rechtsnatur der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung insgesamt	373
a. Der Diskussionsstand um die Rechtsnatur bis zur Umsetzung der Enforcementrichtlinie	373
b. Die Rechtsnatur nach der Umsetzung der Enforcementrichtlinie	376

aa. Die Verortung des Art. 13 Abs. 1 der Enforcement-richtlinie	378
bb. Die Verortung der deutschen Umsetzungsregeln	379
G. Die Bewertung der derzeitigen immaterialgüterrechtlichen Gewinnherausgabe unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts	381
I. Der neue präventiv ausgerichtete europarechtliche Schirm im Immaterialgüterrecht	382
II. Die Herausgabe des Verletzergewinns als eigenständige Bemessungsmethode	383
III. Die Frage nach dem Fortbestand des Vermengungsverbots	385
IV. Das Erfordernis des nicht ausschließbaren konkreten Schadens	386
V. Die Gewinnberechnung	390
1. Die Notwendigkeit der Teilkostenrechnung zur optimalen Prävention	390
2. Die vermeintliche präventive Fehlstellung bei Großkonzernen infolge umfassender Kostenrechnungsstruktur	392
3. Die möglichen Präventionsdefizite bei reinen Fälscherwerkstätten	393
VI. Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils	395
VII. Die neueren Kontrollüberlegungen bei der Gewinnberechnung als Gefahr für die optimale Prävention	396
VIII. Das Präventionsdefizit infolge fehlender Überprüfungs-möglichkeit der Angaben des Verletzers	398
IX. Der Verschuldensmaßstab der Gewinnherausgabe und die Gefahr der Überprävention	399
1. Der Verschuldensmaßstab des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit	399
2. Die Gefahr der Überprävention	400
3. Die Beschränkung der Gewinnherausgabe auf vorsätzliche Schutzrechtsverletzungen	402
4. Die Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht	405
H. Ein rechtsvergleichender Überblick	406
I. Ergebnis	411
 <i>Kapitel 2: Die Gewinnherausgabe bei Persönlichkeitsverletzungen durch die Presse</i>	
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB	423
I. Die Abschaffung der römischrechtlichen Injurienklage	423
II. Der knappe Einzug des begrenzten Schmerzensgeldes ins BGB	426

III.	Der versagte zivilrechtliche Persönlichkeitsschutz	428
B.	Der Persönlichkeitsschutz am Beginn des 20. Jahrhunderts: Präventive Fehlstellung aufgrund Schutzlosigkeit und wachsender Bedrohung	431
I.	Die präventive Fehlstellung aufgrund der Schutzlosigkeit des Persönlichkeitsrechts	432
1.	Der rudimentäre strafrechtliche Schutz	432
2.	Der Ersatz von durch Persönlichkeitsverletzungen entstandenen immateriellen Schäden als Sonderfall	433
3.	Der lückenhafte Ersatz von durch Persönlichkeits- verletzungen entstandenen materiellen Schäden	434
II.	Die wachsende Bedrohung für Persönlichkeitsrechte durch Massenmedien und neue technische Möglichkeiten . . .	436
C.	Der lange Weg zur Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeits- rechts als unabdingbare Präventionsvoraussetzung	438
I.	Die kleinen Schritte des Reichsgerichts	439
II.	Die großen Schritte der Gerichte nach dem zweiten Weltkrieg	440
1.	Die Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch den Bundesgerichtshof zwecks Beseitigung von Sanktionslücken	441
a.	Die <i>Leserbrief</i> -Entscheidung	441
b.	Die <i>Paul Dahlke</i> -Entscheidung	442
c.	Die <i>Herrenreiter</i> -Entscheidung	444
d.	Die <i>Ginsengwurzel</i> -Entscheidung	446
2.	Der <i>Soraya</i> -Beschluss des Bundesverfassungsgerichts als verfassungsrechtliche Bestätigung der Rechtsfortbildung . .	450
3.	Der gesetzgeberische Stillstand beim Persönlichkeitsschutz	451
4.	Die weitere Entwicklung der Rechtsprechung	454
D.	Die Heranziehung der Prävention zur Bestimmung der Schadenshöhe	457
I.	Die „offene präventive Revolution“: Der Verletzergewinn als Bemessungsfaktor der Entschädigungshöhe	458
1.	Die <i>Caroline von Monaco I</i> -Entscheidung	458
2.	Die weitere Entwicklung der Entschädigungshöhe in der Rechtsprechung	462
II.	Die „versteckte präventive Revolution“: Die Anerkennung des (vererblichen) kommerziellen Persönlichkeitsrechts und die Anwendbarkeit der dreifachen Schadensberechnung	465
1.	Die <i>Marlene Dietrich</i> -Entscheidung	466
a.	Die Anerkennung des kommerziellen Persönlichkeits- rechts und die Anwendbarkeit der dreifachen Schadens- berechnung	467

b. Die Vererblichkeit des kommerziellen Persönlichkeitsrechts	472
2. Die Aufgabe des Erfordernisses der Verwertungsbereitschaft durch die <i>Oskar Lafontaine</i> -Entscheidung	476
a. Die fehlende Klarstellung in der <i>Marlene Dietrich</i> -Entscheidung	476
b. Die <i>Oskar Lafontaine</i> -Entscheidung und das Ende der <i>Herrenreiter</i> -Ära	476
3. Die weitere Entwicklung der Schadenshöhe in der Rechtsprechung mittels Anwendung der dreifachen Schadensberechnung	478
E. Die Bewertung des derzeitigen Persönlichkeitsschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts	481
I. Die Folgen der Neujustierung durch die <i>Marlene Dietrich</i> - und die <i>Oskar Lafontaine</i> -Entscheidungen für das persönlichkeitsrechtliche Gesamtsystem	482
1. Die neue Grenzziehung zwischen Entschädigung und materiellem Schadensersatz	482
2. Der Vermögenswert des Persönlichkeitsrechts als Abgrenzungskriterium	483
a. Die defizitäre präventive Wirkung des Erfordernisses der Verwertungsbereitschaft	483
b. Die Bestimmung des Vermögenswertes nach Abschied von der <i>Herrenreiter</i> -Doktrin	484
c. Die neue Kumulationsmöglichkeit von Entschädigung und materiellem Schadensersatz	487
II. Die Gewinnherausgabe bei Verletzung des ideellen Persönlichkeitsrechts	489
1. Der Gewinn als bloßer Bemessungsfaktor der Entschädigungshöhe	490
2. Die Begrenzung auf schwerwiegende und nicht anders ausgleichbare Eingriffe	494
3. Die Gewinnberechnung und die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils	495
4. Die Einführung von Auskunfts- und Rechnungslegungsansprüchen und der Möglichkeit der Überprüfung der Verletzterangaben	498
5. Der Verschuldensmaßstab des Vorsatzes	500
6. Die Präventionslücken bei postmortalen Verletzungen des ideellen Persönlichkeitsrechts	501
a. Das Präventionsvakuum bei verstorbenen Nichtprominenten	501

b.	Die Schaffung einer postmortalen Entschädigung zur Überwindung von Präventionslücken	503
aa.	Das gesteigerte Schutzbedürfnis des ideellen Persönlichkeitsrechts gegen postmortale Eingriffe	503
bb.	Die vergleichbare Interessenlage beim ideellen und kommerziellen Persönlichkeitsrecht	505
cc.	Keine zunehmende Kommerzialisierung der Persönlichkeit	506
dd.	Die vergleichbare Rechtslage im Urheberrecht	506
III.	Die Gewinnherausgabe bei Verletzung des kommerziellen Persönlichkeitsrechts	508
1.	Verzicht auf das Merkmal eines schwerwiegenden und nicht anders auszugleichenden Eingriffs	509
2.	Der Verschuldensmaßstab der Gewinnherausgabe und die Gefahr der Überprävention	510
3.	Die optimale Prävention bei postmortalen Verletzungen des kommerziellen Persönlichkeitsrechts	512
F.	Ein rechtsvergleichender Überblick	513
G.	Ergebnis	521
 <i>Kapitel 3: Die Gewinnherausgabe im Kartelldeliktsrecht</i>		 531
A.	Das Kartell(delikts)recht aus historischer Perspektive	535
I.	Deutschland als „Land der Kartelle“	535
II.	Die Kartellrechtsentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Untergang des Nationalsozialismus	537
III.	Das alliierte Dekartellierungsrecht und die Entwicklung des GWB	538
B.	Die Bedeutung der privaten Rechtsdurchsetzung des Kartellrechts bis zur 7. GWB-Novelle	542
C.	Die Gründe für den geringen Zuspruch des damaligen Kartelldeliktsrechts	544
D.	Die Änderungen des Kartelldeliktsrechts durch die 7. GWB-Novelle im Überblick	546
I.	Der erweiterte Anwendungsbereich des § 33 GWB auf Verstöße gegen das europäische Kartellrecht	546
II.	Die Aufgabe des Schutzgesetzfordernisses, die Aktivlegitimation mittelbarer Abnehmer und der Einwand der Schadensabwälzung	547
III.	Weitere wichtige Änderungen zwecks einer effizienteren Kartellrechtsdurchsetzung	551

E.	Der neue vorteilsorientierte § 33 Abs. 3 S. 3 GWB	552
I.	Die schwierige Ausgangslage bei der Schadensberechnung im Kartelldeliktsrecht	552
II.	Die wechselhafte Gesetzgebungsgeschichte und die ambivalente gesetzgeberische Ratio des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB	554
F.	Die Bewertung des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts	557
I.	Der § 33 Abs. 3 S. 3 GWB zwischen kompensatorischer Gewinnberücksichtigung, präventiver Gewinnabschöpfung und Schadenszuschlag	557
1.	Kompensatorische Gewinnberücksichtigung	558
2.	Präventive Gewinnabschöpfung	559
3.	Schadenszuschlag	559
4.	Der Gedanke der präventiven Gewinnabschöpfung und kartellrechtliche Verhaltenspflichten	560
5.	Die Systemgerechtigkeit des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB als kompensatorische Gewinnberücksichtigung	564
II.	Die Bestimmung des zu berücksichtigenden Gewinnanteils: Gesamtgewinn oder kartellbedingter Mehrgewinn	565
G.	Ein rechtsvergleichender Überblick	569
H.	Ergebnis	572

4. Teil: Die Konturen einer präventiven Gewinnabschöpfung –
Conclusio 577

A.	Die Ausrichtung der Gewinnabschöpfung auf die Verhinderung effizienter Rechtsbrüche	577
B.	Der optimale Anwendungsbereich der präventiven Gewinnabschöpfung	579
I.	Die präventive Gewinnabschöpfung bei Verletzung absoluter Rechtspositionen	579
1.	Immaterialgüterrechte, ergänzender wettbewerbs- rechtlicher Leistungsschutz und kommerzielles Persönlichkeitsrecht	579
2.	Ideelles Persönlichkeitsrecht	580
a.	Die Verletzung des ideellen Persönlichkeitsrechts	580
b.	Die Notwendigkeit einer präventiven Gewinn- abschöpfung für postmortale Verletzungen des ideellen Persönlichkeitsrechts	582
3.	Die Perspektive einer allgemeinen präventiven Gewinn- abschöpfung bei Verletzungen absoluter Rechtspositionen	582

II.	Verletzungen von Verhaltenspflichten des Marktes	584
1.	Verletzung der kartellrechtlichen Verhaltenspflichten	584
2.	Die Perspektive einer allgemeinen präventiven Gewinn- abschöpfung bei Verletzungen von Verhaltenspflichten des Marktes	586
C.	Die dogmatische Verortung der präventiven Gewinnabschöpfung	588
D.	Die optimale Ausgestaltung der präventiven Gewinnabschöpfung	591
I.	Die Frage des Vermengungsverbots	591
II.	Keine Begrenzung auf schwerwiegende und nicht anders ausgleichbare Eingriffe	591
III.	Keine Restanbindung an den Ausgleichsgedanken durch das Erfordernis des nicht ausschließbaren konkreten Schadens	592
IV.	Die Bestimmung des abzuschöpfenden Gewinns als zentrales Präventionselement	593
1.	Die Nichtberücksichtigung sämtlicher Gemeinkosten bei der Gewinnberechnung	595
2.	Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils	596
V.	Keine Restanbindung an den Ausgleichsgedanken durch Kontrollüberlegungen bei der Gewinnberechnung	596
VI.	Der Anspruch auf Auskunft und Rechnungslegung	597
VII.	Die Überprüfung der Verletzerangaben durch unabhängige Wirtschaftsprüfer	598
VIII.	Der Verschuldensmaßstab für eine optimal präventiv ausgerichtete Gewinnabschöpfung	599
E.	Das Stufenmodell als Folge der Etablierung der präventiven Gewinnabschöpfung	602
F.	Die Umsetzung einer präventiv optimal austarierten Gewinn- abschöpfung	603
I.	De lege lata	603
II.	De lege ferenda	606
	Literaturverzeichnis	613
	Entscheidungsverzeichnis	667
	Stichwortverzeichnis	677

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz, Absätze
Acquis-Principles	Principles of the Existing EC Contract Law
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art./Artt.	Artikel
BB	Der Betriebsberater
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CDC	Cartel Damages Claims SA
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMR	Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DesignG	Designgesetz
d. h.	das heißt
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechts-Konvention
Enforcementrichtlinie	Richtlinie 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
EPGÜ	Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
ff.	folgend(e)
Fn.	Fußnote
GebraMG	Gebrauchsmustergesetz
GEK	Gemeineuropäisches Kaufrecht (Entwurf)
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
gem.	gemäß
GeschmMG	Geschmacksmustergesetz (mit Wirkung vom 1.1.2014 in Designgesetz umbenannt und geändert worden)
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Internationaler Teil
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungsreport
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungssammlung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HalbSchG	Halbleiterschutzgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
i. V. m.	in Verbindung mit
JBl.	Juristische Blätter
JherJb	Jherings Jahrbücher

JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kartellschadensersatz- richtlinie	Richtlinie 2014/104/EU über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zu widerhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestim- mungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
K&R	Kommunikation & Recht
KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
lit.	litera
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen
MarkenR	Markenrecht
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MMR	MultiMedia und Recht
NCPL	National Center for Preventive Law
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport Zivilrecht
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
PatG	Patentgesetz
PECL	Principles of European Contract Law
PEL	Principles of European Law
PEL Liab. Dam.	Principles of European Law: Non-Contractual Liability Arising out of Damages Caused to Another
PETL	Principles of European Tort Law
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkommen
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken und Literatur und Kunst
RdA	Recht der Arbeit
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RICO-Act	Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act
Rn.	Randnummer

ROHGE	Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz
Sec.	Section
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung (Schweiz)
sog.	sogenannte
SortG	Sortenschutzgesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TKG	Telekommunikationsgesetz
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum
u. a.	unter anderem
UFITA	Archiv für Urheber- und Medienrecht
UNIDROIT	Institut International pour l'unification du droit privé
UNIDROIT-Principles	UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
USA	United States of America
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
WCT	WIPO Copyright Treaty
WIPO	World Intellectual Property Organization
WiR	Wirtschaftsrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPPT	WIPO Performance and Phonograms Treaty
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZEE	Zeitschrift für Evangelische Ethik
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGB	Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik/ Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZGE	Zeitschrift für Geistiges Eigentum
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschafts- recht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG (RA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Romanistische Abteilung)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZPhF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess